



Marktgemeindeamt St. Paul im Lav.

9470 St. Paul im Lav., Platz St. Blasien 1

URL: <http://www.st-paul.at> e-mail: st-paul-lavanttal@ktn.gde.at

Zahl: 131-9/46/2019

St. Paul, am 25.02.2020

Auskünfte: Fr. Puggl

e-mail: daniela.puggl@ktn.gde.at

Tel.: 04357/2017-26

Fax: 04357/2017-30

KUNDMACHUNG

Mit Eingabe vom 26.11.2019 hat die Firma **Spar Österreichische Warenhandels-AG**, SPAR-Straße 1, 9063 Maria Saal, um die Erteilung der Baubewilligung für das auf dem Grundstück in der **Bahnhofstraße 5, 9470 St. Paul**, Parz. Nr.: **12/11 und 12/12, KG St. Paul**, zu errichtende Bauvorhaben,

Neudefinition (Änderung) der Verkaufsfläche

angesucht.

Der Bürgermeister der Marktgemeinde St. Paul i. Lav. ordnet hierüber gemäß der Bestimmung des § 16 der Kärntner Bauordnung 1996, LGBl.Nr. 62/1996, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 71/2018 eine mit einem Ortsaugenschein verbundene mündliche Verhandlung für

Mittwoch, dem 04.03.2020 um 08.00 Uhr

an. Die Kommission tritt an Ort und Stelle zusammen.

Sie werden als Beteiligte eingeladen, unter Mitnahme dieser Ladung zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder bevollmächtigte Vertreter zu entsenden, die zur Abgabe endgültiger Erklärungen ermächtigt sind. Die Vertreter haben sich mit ordnungsgemäßer auf Namen oder Firma lautender schriftlicher Vollmacht auszuweisen.

Von den Teilnehmern an der mündlichen Verhandlung vorbereitete schriftliche Erklärungen müssen nach § 44 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2018 bei der Verhandlung verlesen werden, um als wirksame Erklärungen in die Verhandlungsschrift aufgenommen zu werden.

Die dem Bauansuchen zugrunde liegenden Pläne, Berechnungen und Beschreibungen liegen beim Marktgemeindeamt St. Paul, Rathaus - Eingang 2, Abt. Bauamt, während der Amtsstunden zur Einsicht durch die Beteiligten auf.

Wurde eine mündliche Verhandlung gemäß § 41 Abs. 1 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2018, zweiter Satz und in einer in den Verwaltungsvorschriften vorgesehenen besonderen Form kundgemacht, so hat dies zur Folge, dass eine Person ihre Stellung als Partei verliert, soweit sie nicht

spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt. Wenn die Verwaltungsvorschriften über die Form der Kundmachung nichts bestimmen, so tritt die im ersten Satz bezeichnete Rechtsfolge ein, wenn die mündliche Verhandlung gemäß § 41 Abs. 1 zweiter Satz und in geeigneter Form kundgemacht wurde. Eine Kundmachungsform ist geeignet, wenn sie sicherstellt, dass ein Beteiligter von der Anberaumung der Verhandlung voraussichtlich Kenntnis erlangt.

Gemäß § 42 Abs. 3 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2018, kann eine Person, die glaubhaft macht, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben, und die kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Verschens trifft, binnen zwei Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache bei der Behörde Einwendungen erheben. Solche Einwendungen gelten als rechtzeitig erhoben und sind von jener Behörde zu berücksichtigen, bei der das Verfahren anhängig ist.

Versäumt derjenige, über dessen Antrag das Verfahren eingeleitet wurde, die Verhandlung, so kann sie entweder in seiner Abwesenheit durchgeführt oder auf seine Kosten auf einen anderen Termin verlegt werden. Im Falle der Verhinderung des Antragstellers aus wichtigen Gründen wird daher um sofortige Mitteilung an die Baubehörde ersucht, um allenfalls den Termin verschieben zu können.

Der Bauwerber wird beauftragt, den Standort des Bauvorhabens an Ort und Stelle auszuflocken.

Der Bürgermeister

Ing. Hermann Primus eh.

F.d.R.d.A.:



Diese Verständigung ergeht am

I. Öffentliche Bekanntmachung durch Anschlag an der Amtstafel.

II. Name und Adresse der Parteien und Beteiligten:

1. SPAR Österreichische Warenhandels-AG, SPAR-Straße 1, 9063 Maria Saal
2. SPAR Österreichische Warenhandels-AG, Europastraße 3, 5015 Salzburg
3. Herrn Ing. Karl Lutz, Weinbergsiedlung 18, 2465 Höflein
4. Frau Elisabeth Wiery, Dir. Josef-Andresch-Weg 1, 9470 St. Paul
5. Herrn Herbert Wiery, Dir. Josef-Andresch-Weg 1, 9470 St. Paul
6. Herrn Johann Ferlin, Industriestraße 19, 9470 St. Paul
7. Frau Susanne Stempfer, Kollnitzer Weg 2, 9470 St. Paul
8. Straßenbauamt Wolfsberg, Klagenfurter Straße 11, 9400 Wolfsberg
9. Amt der Kärntner Landesregierung, Abt. 12 - Kompetenzzentrum Wasserwirtschaft, Uabt. Wasserwirtschaft Klagenfurt, Flatschacher Straße 70, 9020 Klagenfurt am Wörthersee; *mit dem Ersuchen um Entsendung eines Amtssachverständigen*
10. Architekturbüro Meinzl ZT-GmbH, Tiroler Straße 8/4, 980 Spittal a.d. Drau
11. KNG-Kärnten Netz GmbH., Netzkundenservice Wolfsberg, Auenstraße 19, 9400 Wolfsberg
12. Telekom Austria, Auftragsmanagement Süd, Exerzierplatzstraße 34, 8051 Graz
13. Marktgemeindeamt – Baudienst im Hause
14. zum Akt

angeschlagen am:

25. FEB. 2020 

abgenommen am:

Seite 2 von 2